

Abgestimmter Entwurf

Geschäftsordnung Landesarmutskonferenz Berlin

Präambel

Armut ist eine Lebenslage, in der der Einzelne, Gruppen oder ganzen Bevölkerungsschichten keine Möglichkeit haben, ihren notwendigen Lebensbedarf (Existenzminimum und gesellschaftliche Teilhabe) zu sichern. Die Mitglieder der Landesarmutskonferenz treten aktiv ein, für soziale Gerechtigkeit gegen Diffamierung und Ausgrenzung. Sie fördern Entwicklungen, die der Erreichung dieser Ziele dienen.

1. Die Landesarmutskonferenz Berlin ist ein Netzwerk von Nicht-Regierungsorganisationen, die mit ihrer fachlichen und politischen Arbeit dazu beitragen, Armut vorzubeugen und Armutsprobleme zu überwinden.
2. Die Landesarmutskonferenz dient der Vernetzung von Aktivitäten gegen Armut und stellt sich folgenden Aufgaben:
 - Analyse und Beratung über die Entwicklung von Armut und Armutsvermeidung in Berlin
 - Bekämpfung der Ursachen von Armut
 - Förderung gemeinsamer Aktivitäten der beteiligten Verbände und Initiativen zur Vermeidung von Armut und ihrer Folgeerscheinungen,
 - Formulierung gemeinsamer Stellungnahmen und Durchführung öffentlichkeitswirksamer Aktionen
 - kritische fachliche Begleitung der Sozialplanung im Land Berlin.
 - Kooperation mit der „Nationalen Armutskonferenz für die Bundesrepublik Deutschland“ und den Landesarmutskonferenzen in Deutschland
 - Förderung des Dialogs zwischen von Armut betroffenen Menschen, gesellschaftlichen Gruppen, Politik und Verwaltung
3. Die Konferenz tagt mindestens einmal im Jahr. Sie bildet bei Bedarf Arbeitsgruppen, organisiert Fachtagungen, Expertenanhörungen und Kampagnen
4. Die Konferenz setzt sich zusammen aus Mitgliedern und Gästen.
 - 4.1 Unvereinbar mit der Mitwirkung in der lak Berlin ist das Vertreten undemokratischer extremer Positionen oder die Mitgliedschaft in einer undemokratischen Vereinigung.
 - 4.2 Mitglieder können Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, Gewerkschaften, Kirchen, Verbände und ihre Untergliederungen sowie Vereine in Berlin sein.
 - 4.3 Die Mitgliedschaft wird begründet durch schriftliche Erklärung gegenüber der Mitgliederversammlung und einem entsprechenden Beschluss des SprecherInnenrates.
 - 4.4 Jedes Mitglied hat eine Stimme. Um den Konsens zu fördern, aber zugleich Arbeits- und Entscheidungsfähigkeit sicherzustellen, setzen Abstimmungen eine Zweidrittelmehrheit voraus. Es zählen nur die abgegebenen Ja und Nein Stimmen.

- 4.5 Die Einladung zur Landesarmutskonferenz erfolgt mindesten 4 Wochen im Voraus. Die LAK ist mit den anwesenden Stimmen beschlussfähig.
- 4.6 Mit dem Gaststatus arbeiten in der Konferenz natürliche und juristische Personen und Gruppierungen beratend mit.
5. Die Landesarmutskonferenz wählt jeweils für zwei Jahre einen SprecherInnenrat.
 - 5.1 Der SprecherInnenrat besteht aus 2 Mitgliedern bestehen. Der SprecherInnenrat wird erweitert durch die in den Fachgruppen gewählten SprecherInnen.
 - 5.2 Der SprecherInnenrat beschließt über die Aufnahme oder den Ausschluss eines Mitglieds und vertritt die lak nach außen.
 - 5.3 Bei der Wahl zum SprecherInnenrat ist auf ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis zu achten.
 - 5.4 An den Sitzungen des erweiterten SprecherInnenrates können die Mitglieder der LAK teilnehmen.
 - 5.6 Einladungen mit Tagesordnung und Protokolle werden gefertigt. Zu den Aufgaben des erweiterten SprecherInnenrates gehören:
 - Vor- und Nachbereitung der Konferenz
 - Sicherstellen der Kommunikation und transparenten Information unter den Mitgliedern und Arbeitsgruppen
6. Die Konferenz wird vom SprecherInnenrat einberufen. Eine außerordentliche Konferenz muss einberufen werden, wenn mindestens ein Drittel der Mitglieder dies schriftlich beantragt.
7. Mitglieder zahlen einen jährlichen Mindestbeitrag zur Deckung der laufenden Kosten in Höhe von 100,- EUR. Aktivitäten werden im Einzelfall durch die Beteiligten finanziert (Umlageverfahren, Bürgschaften).
8. Mit der Mittelbewirtschaftung wird der jeweils federführende Verband der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Berlin betraut.
9. Mitgliederversammlungen sind zu protokollieren.

Berlin, 10.09.09 Arbeitskreis Landesarmutskonferenz Berlin